

enthalten: Die Studenten, die von der Partei in die Sowjetunion geschickt wurden, sind Nomenklaturkader.

Die Frage mit der Erbfolge ist ein bißchen schwierig zu beantworten. Ich nehme an, daß der natürliche Vaterstolz sicher auch dem Kind eine angemessene Perspektive sichern wollte, und die konnte sehr unterschiedlich sein. Man konnte es zum MfS schicken, es gibt ja bekannte Fälle. Voslensky schreibt in seinem Buch, die Nomenklatura wird erblich. Vielleicht ist dafür die DDR nicht alt genug geworden, um das beantworten zu können, denn die Herren und die wenigen Damen sind ja nun alle weit übers Rentenalter hinaus im Amt geblieben. Sie haben für ihre Kinder gesorgt, das ist nachweisbar, die sind in gute Positionen gekommen, die wurden bevorzugt in die Sowjetunion geschickt zum Studium usw., also vor allen Dingen Kinder von höheren Parteifunktionären wurden bevorzugt beim Studium in der Sowjetunion.

Zur Frage nach den Privilegien: Ich glaube, das Hauptprivileg war es, Nomenklaturkader zu sein, man gehörte einer ausgewählten Elite an. Besonderen Stellenwert bei dem, was man so als Privilegien bezeichnen könnte, hatten erfahrungsgemäß die Altersversorgung und die Gesundheitsfürsorge, da sehr viele Ältere darunter waren. Quantitativ am stärksten besetzt mit Nomenklaturkadern war z.B. das Regierungskrankenhaus. In den Akten finden wir oft andere Privilegien, also die Urlaubsmöglichkeiten waren besser, die medizinische Betreuung war besser, die Bezahlung war besser –, das ist ja klar, wenn man die höheren Positionen hat, aber ich meine, in jedem Land geht es wahrscheinlich den oberen Zehntausend so schlecht nicht. Wir haben in den Akten leider auch wenig Nachweise über Privilegien. Ein einziges Schriftstück ist mir bisher aufgefallen, wo dieses Wort, aber nicht im Zusammenhang damit, fällt, und zwar ist das eine Analyse aus dem Bereich Ordnung und Sicherheit beim Ministerrat. Dort wird ein Diebstahl im „Nomenklaturverkauf“ gemeldet. Also zwei Flaschen Chateau und eine Flasche Mainzer Domherr waren entwendet worden aus dem Nomenklaturverkauf, und das wurde natürlich mit allen Schikanen untersucht, welcher – wahrscheinlich – Haushandwerker der Missetäter war.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Wagner. (Beifall) Wir bitten als nächsten um seinen Vortrag Herrn Professor Weiss, den Rektor der Universität in Leipzig.

Prof. Dr. Cornelius Weiss: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Bericht wird sehr viel weniger wissenschaftlich sein, als es der meines Vorredners gewesen ist. Es ist der subjektive Bericht eines Menschen, der an seiner Familie und sich selbst die Kehrseiten der Kaderpolitik erlebt hat. Zwei Vorbemerkungen: Zunächst einmal bin ich der Überzeugung, daß die sozialistische Kaderpolitik eine der Ursachen für den wirtschaftlichen und moralischen Niedergang der DDR war, denn sie war, das möchte ich vorwegnehmen, zumindest partiell eine negative Auslese. Die zweite Vorbemerkung sind einige Zitate. Ich habe in Vorbereitung auf diesen Abend in alten DDR-Wörterbüchern gestöbert. Dort wird als Kader definiert: „Ein planmäßig

herangebildeter Stamm von Personen, die an Vorbereitung, Formulierung, Ausführung und Kontrolle von Entscheidungen (*zu ergänzen ist – der SED*) maßgeblichen Anteil haben. Kader sollten sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen: Ergebenheit und Treue zur Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der SED, Bereitschaft, die Parteilinie durchzusetzen, Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind und Unduldsamkeit, hervorragendes (*an fünfter Stelle*) politisches und fachliches Wissen (*das fachliche also an sechster*), ständiges Streben nach Vervollkommnung ihrer marxistisch-leninistischen Kenntnisse.“ Als Kaderpolitik wurde in diesem Lexikon definiert „die Gesamtheit der Prinzipien für die Auswahl, Erziehung, Verteilung und Kontrolle dieser Kader.“ Und ich stimme meinem Vorredner, Herrn Dr. Wagner, zu, diese Kaderpolitik erstreckte sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens in der DDR, also auf die SED selbst, selbstverständlich auf den Staatsapparat, auf die Wirtschaft, auf die Bildungs- und Forschungseinrichtungen, somit auch auf die Universitäten, auf die bewaffneten Organe. Sie erstreckte sich auf alle Massenorganisationen vom FDGB über FDJ, DTSB, DSF bis zum Kulturbund. Sie erstreckte sich auf die Wahlgremien, nicht nur auf die Volkskammer, sondern auch auf die Räte der Bezirke und Kreise und selbst auf die Elternbeiräte und Elternaktive in den Schulen, und sie erstreckte sich natürlich auch auf die Blockparteien.

Die Kaderarbeit ging nach meiner subjektiven Überzeugung von der zynischen Voraussetzung aus, daß durch genügend lange und intensive ideologische Gehirnwäsche jeder Mensch verbogen, nach dem SED-Jargon zur „allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ erzogen werden kann. Sie setzte daher schon im zartesten Kindesalter an. So gehörten in den staatlichen Kindergärten, die übrigens unter der Obhut des Ministeriums für Volksbildung standen, Themen zum Programm wie: „Wir lieben unser sozialistisches Vaterland, die DDR“, „Wir verehren die führenden Genossen der Partei“, das heißt natürlich der SED, oder „Wir bewundern die Soldaten der NVA, die auf Friedenswacht stehen“, das war vor allem um die Weihnachtszeit. All dies gehörte zum Erziehungsprogramm der Kindergärten. Inwieweit es realisiert wurde, weiß ich nicht, denn meine eigenen Kinder besuchten glücklicherweise einen kirchlichen Kindergarten. Auf jeden Fall erhielten die Kinder, wenn sie den Kindergarten verließen, eine Abschlußbeurteilung, die bei der Einschulung vorgelegt wurde. Genau mit der Einschulung begann dann auch der erste Teil der Kaderarbeit in folgenden Komponenten: Erstens wurde schon die Klassenzusammensetzung aufs feinste ausgetüftelt, bevor überhaupt der erste Schultag war, auf der Grundlage der eben von mir erwähnten Beurteilungen, auf der Grundlage der sozialen Herkunft und der SED-Mitgliedschaft der Eltern. Soziale Herkunft und SED-Mitgliedschaft der Eltern vermischten sich übrigens insofern, als ja längst Funktionsträger aus NVA, Volkspolizei, ABI und Partei zur sogenannten Arbeiterklasse gehörten. Zweiter Punkt der Kaderarbeit in den Schulen: Die Eltern, die der SED angehörten, wurden schon im Vorfeld aufgefordert, in das Klassenelternaktiv einzutreten. Andere, die sich bei der ersten Elternversammlung freiwillig meldeten, wurden bestenfalls geduldet, auf jeden

Fall hatten sie nicht den Vorsitz. Und es kamen erste Auswahlkriterien durchaus zur Anwendung: Das war der Eintritt in die Organisation der Jungpioniere in der zweiten Klasse, das war der Übergang – das allerdings weniger kritisch – zu den Thälmann-Pionieren. Ein weiteres Kriterium war, ob man Mitglied der FDJ wurde, und schließlich die Teilnahme an der Jugendweihe – ja oder nein – und/oder Konfirmation – ja oder nein.

Das war eine sehr schwierige Zeit für uns Eltern, denn wir waren zerrissen zwischen der Sorge einerseits, daß die Kinder der pausenlosen ideologischen Einwirkung erliegen würden oder, schlimmer noch, zwar nichts glauben, aber trotzdem so reden, also Opportunisten werden könnten, und andererseits der Angst, daß unsere Kinder durch zu lauten Widerspruch auf sich aufmerksam machen könnten, daß sie dadurch frühzeitig benachteiligt und möglicherweise isoliert werden. Ich habe sonst nie ins Kopfkissen geweint in der DDR, aber in der Zeit, als meine Kinder in der Schule waren, haben wir das gemacht, meine Frau und ich, denn wir fragten uns voller Verzweiflung, ob wir überhaupt das Recht hatten, unsere Kinder durch die Vermittlung bestimmter Ideale und Anhalten zu kritischem Denken in Widerspruch zur herrschenden Gesellschaftsordnung zu bringen.

Die erste Kaderentscheidung fiel in der achten Klasse, da ging es nämlich um die Delegation zur Erweiterten Oberschule (EOS) – das ist das Gymnasium in der DDR gewesen –, da hatten ideologische Kriterien schon Vorrang. Ich darf das an einem Beispiel aus meiner Familie erläutern. Meine Tochter war Klassenbeste – Notendurchschnitt 1,1. Sie kam nicht zur EOS, dafür aber sieben andere Knäblein und Mägdelein, die entweder Berufsoffiziere oder -offizierinnen der NVA werden sollten, oder, und vor allem, weil die Eltern Funktionäre in verschiedenen Staats- und Parteiorganisationen waren. Ich erinnere mich, da waren der Vorsitzende der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion des Bezirkes Leipzig und noch so ein paar, deren Kinder kamen zur EOS – meine Tochter nicht. Was für verheerende Wirkungen das auf ein Kind in der Pubertät hatte, kann sich jeder ausmalen. Ich komme nachher noch darauf zurück, weil das auch gefragt wird, wie man dagegen einwirken konnte.

Es gab, das möchte ich bei dieser Gelegenheit erwähnen, spezielle Kaderschmieden schon in diesem Alter, das waren die Spezialschulen, zuerst die Kinder- und- Jugendsportschulen, später die R-Schulen, ab 1975 etwa auch Mathematik-, Chemie- und Physik-Sonderspezialschulen. Das Abitur war im Gegensatz zu dem, was viele glauben, keine Kaderentscheidung. Wer einmal auf der EOS war, machte auch, wenn er nicht allzu dumm war, das Abitur, und ihm war dann auch ein Studienplatz sicher, denn das war Teil der Planwirtschaft. Allerdings die Studienrichtung, die Fächerauswahl war durchaus eine Sache schon wieder der Kaderentwicklung, denn hier spielte die Schule mit, und wenn die Schule in die Beurteilung schrieb – „Der Junge ist nicht für ein Medizin- und Physikstudium geeignet.“ – dann wurde das so akzeptiert. Es gab auch das Strafstudium. Junge Leute, die in der Schule negativ aufgefallen waren, etwa durch ein vorlautes Mundwerk im ML-Unterricht – Staatsbürger-

kunde hieß das – oder bei anderer Gelegenheit, denen wurde nahegelegt, möglicherweise doch genau Marxismus-Leninismus zu studieren.

Hauptinstrument der Kaderarbeit unter den Studenten an der Universität waren die sogenannten Seminargruppen. Das waren Gruppen von 10 bis 20 Studenten, die gemeinsam studieren, möglichst auch ihre Freizeit zusammen verbringen sollten. Die Gruppen standen untereinander im „sozialistischen Wettbewerb.“ Wer nicht spurte, störte den „sozialistischen Wettbewerb“ und wurde dann möglicherweise von den anderen Mitgliedern der Gruppe diszipliniert. Die Zusammensetzung der Seminargruppen wurde – ähnlich wie die der Schulklassen – vorab festgelegt an der Universität, und zwar nach der Anzahl der SED-Genossen – das waren am Anfang meistens nur ein bis zwei pro Seminargruppe –, nach der sozialen Herkunft – wieder im oben beschriebenen Sinn –, nach der Beurteilung durch die Schule und, das muß ich nach meinen jetzigen Erkenntnissen vermuten, es sollte wohl immer ein IM der Staatssicherheit pro Seminargruppe möglichst dabei sein. Hier haben wir also so eine Verflechtung. Die Seminargruppe war identisch mit der FDJ-Gruppe. Als FDJ-Sekretär wurde meist ein Parteiloser von der Universität zur Wahl vorgeschlagen (der wurde dann auch meist gewählt, die kannten sich ja noch gar nicht), also ein Parteiloser, aber möglichst aus SED-Familie. Damit erreichte man zweierlei: Die ideologische Führung war gewährleistet, aber gut getarnt, und zweitens, wenn der junge Mensch, was nicht ausbleiben würde, irgendwann in die SED eintreten würde, wäre das ein gutes Beispiel für die anderen.

Die zweite Kaderentscheidung im Laufe eines jungen Lebens war nach Abschluß des Studiums die Frage, wird man Assistent an der Universität oder nicht. Dabei galten folgende Kriterien: *Conditio sine qua non* war, daß man sich bereit erklärt hatte, als Reserveoffiziersanwärter zu dienen, die sogenannte „ROA-Unterschrift.“ Mitglied der SED war günstig; die Studenten hatten das gemerkt, inzwischen hatte sich ihre Zahl auch meist von ein bis zwei auf zwei bis vier pro Seminargruppe verdoppelt. Gesellschaftliche Arbeit wurde gefragt, Beteiligung am FDJ-Studienjahr und selbstverständlich fachliche Leistungen. Hier sind erste Konsequenzen übrigens der sozialistischen Kaderpolitik erkennbar. Jedermann kennt den normalen Zensuredurchschnitt der Studenten einer Gruppierung, die man zunächst mal beliebig aussuchen könnte. Man hat eine Gauß'sche Glockenkurve mit einer 2,5 als Maximum. Nach höheren oder schlechteren Noten geht das langsam runter, die Minima liegen bei 1 und 5. Ganz anders war die Zensurenstatistik bei jungen Genossen, die ergab 2 Maxima, eines bei der Note 1 und eines bei der Note 3,5, dazwischen lag ein zusätzliches Minimum bei 2,3. Die Erklärung ist sehr einfach: In die SED strebten entweder junge Leute, die fachlich sehr gut und zugleich ehrgeizig waren und die merkten, daß man, wenn man etwas werden wollte, der SED angehören sollte, und in die SED strebten die fachlich zum unteren Drittel Gehörenden, die Luschen, die sich sagten, wenigsten den Bonbon am Revers tragen, wenn ich schon fachlich nichts bringe.

Je höher der Aufstieg in der wissenschaftlichen Hierarchie, desto wichtiger wurde die SED-Mitgliedschaft. Ende der siebziger Jahre war es die fast absolute Voraussetzung für eine Ordentliche Professur. Aus Alibigründen wurden meiner Kenntnis nach pro Jahr ein bis zwei Parteilose und drei bis vier Mitglieder von Blockparteien auf Ordentliche Professuren berufen. Beispiel Universität Leipzig 1989: Es wurden 20 Ordentliche Professoren berufen, sie waren alle Mitglieder der SED, es wurden drei Außerordentliche Professoren berufen, dazu gehörte auch ich, wir waren alle drei parteilos. Außerordentliche Professoren waren Titular-Professuren. Dies veranlaßte übrigens viele Wissenschaftler noch im reifen Alter von 50 Jahren, um Aufnahme in die SED regelrecht zu bitten. Vor diesen Konvertiten hatten wir, die Parteilosen, besondere Angst, denn sie waren ja wider besseres Wissen und mit genügend Lebenserfahrung in die SED eingetreten. Sie konnten es nur aus Karrieregründen getan haben, sie unterschieden sich also von denen, die wir gelegentlich als die „alten ehrlichen Genossen“ bezeichneten, vor denen man sich nicht fürchten mußte, ganz im Gegensatz zu diesen Konvertiten. Ergebnis der Kaderpolitik an der Universität Leipzig zum Oktober 1989: 90 Prozent aller Professoren waren Angehörige der SED, in den Geistes- und Sozialwissenschaften waren es deutlich über 90 Prozent. In den Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Recht und einigen anderen Fächern waren es praktisch 100 Prozent. Zum Leistungsprofil ist zu sagen, daß es analog dem war, wie ich es vorhin mit der Leistungskurve der Genossen beschrieb. Es waren einige fachlich Exzellente dabei, und es waren genauso viele dabei, die fachlich überhaupt nichts brachten. Den fachlich Exzellenten nützte es aber nichts, sie waren inzwischen korrumpiert und wurden Erfüllungsgehilfen der SED, sie wirkten bei allen Beschlüssen kritiklos mit, im Gegenteil, sie bemühten sich noch ganz besonders, vorbildlich zu sein, damit der Makel ihres späten Eintritts in die SED nicht gar zu auffällig würde. Die haben dabei mitgeholfen, die Wissenschaft in der DDR zu ruinieren, zum Beispiel bei der Abschaffung weitgehender Grundlagenforschung und ihrer Überführung hin zur Produktpflege. Sie haben mitgewirkt bei der Exmatrikulation junger Leute aus politischen Gründen, etwa aus der Studentengemeinde, sie haben freudig mitgewirkt, als es um die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig ging. Die fachlich exzellenten oder fachlich guten Parteilosen – das war ziemlich egal – blieben in der Regel akademischer Mittelbau, das heißt, sie wurden bestenfalls Oberassistenten und Dozenten. Das hatte Nachteile für sie, sie bekamen keine Mitarbeiter, sie hatten keinen Einfluß, beispielsweise konnten sie nie in die Sektionsleitung aufrücken, bestenfalls als Stellvertreter für Forschung – das war ideologiefiern –, und sie wurden in der Regel auch nur unter sehr viel schwierigeren Umständen Reisekader und dann ganz gewiß – da gab es verschiedene Kategorien – der allerschlechtesten Kategorie. Mit anderen Worten, sie hatten eine geringere wissenschaftliche Entfaltungs- und Entwicklungschance.

Zur Zeit der Wende konnte man beobachten – nach dem bisher Gesagten völlig verständlich –, daß die Herren und Damen Professores schön zu Hause blieben während der Demonstrationen. Es waren einige wenige, die Zivilcou-

rage hatten. Die wesentlichen Impulse zur Demokratisierung und Erneuerung der Universität gingen, ebenso logisch, nicht von den Hochschullehrern aus, sondern vom akademischen Mittelbau. Nachdem die DDR sang- und klanglos abgetreten war, bemühten sich die etablierten Professoren sehr intensiv um demokratische Mäntelchen teils verbal, teils dadurch, daß sie sich durch nicht legitimierte Gremien das Vertrauen aussprechen ließen. Im übrigen nutzten sie ihre alten Kontakte aus Reisekaderzeiten, entfalteten eine rege Reisetätigkeit und versuchten mit Drittmittelwerbung und anderem, ihr Reich zu betonieren. Es war ganz klar, daß das so nicht bleiben konnte. Die Universitäten, die Hochschulen generell erstarrten. Es wurde die Notwendigkeit personeller Erneuerung immer klarer. Einen Impuls dazu gab der berühmte Abwicklungsbeschluß in allen östlichen Bundesländern etwa um die Jahreswende 1990/91, mit dem besonders ideologieverstrickte Fakultäten, Institute oder Sektionen – so hieß es bei uns – geschlossen wurden. Das bedeutet natürlich nicht, daß in den Naturwissenschaften, in der Medizin und in den Technikwissenschaften die Leute im Durchschnitt weniger verstrickt waren, aber dort war es nicht so offenkundig gewesen, diese Fächer sind eben etwas ideologiefreier. Es war deswegen notwendig, daß auf Grundlage entsprechender Gesetze, die in allen Ländern von den Landtagen auch verabschiedet wurden, eine gewisse personelle Erneuerung, ein Elitenwechsel stattfand. Wir haben stets gesagt, daß die Abwicklung nicht das beste Beispiel dafür ist, denn das war eine Rasenmähermethode. Wir sind ein Rechtsstaat, wir wollten das gerne auf rechtsstaatlicher Grundlage mit Einzelfallprüfung. Das erlaubte das Gesetz. Die dafür zuständigen Gremien hießen Personalkommission und Fachkommission, ich brauche das nicht auszuführen, das hat oft genug in den Zeitungen gestanden.

Im Ergebnis kann man feststellen, daß heute an den sächsischen Hochschulen etwa 30 Prozent des Hochschullehrerbestandes bereits Hochschullehrer zu DDR-Zeiten waren, also Professoren. 40 Prozent sind aus den alten Bundesländern berufen worden, und knapp 30 Prozent sind Leute aus dem akademischen Mittelbau, die durch die Neuausschreibung der Professuren eine späte Chance erhielten und in manchen Fällen nutzen konnten. Ich muß aber dazu sagen, daß diejenigen, die durch diese sozialistische Kaderpolitik Nachteile erlitten haben, die also trotz fachlicher Exzellenz nichts werden durften, nicht in jedem Fall volle Genugtuung erfahren konnten. Wir haben uns bemüht um die Rehabilitierung. Ich hatte dieser Sache mein Hauptaugenmerk gewidmet, wir haben über 100 ehemalige Studenten oder exmittierte Wissenschaftler finden können, die aus politischen Gründen politisches Unrecht hinnehmen mußten. Wir konnten sie im Grunde genommen nur moralisch rehabilitieren, in manchen Fällen durch eine Außerplanmäßige Professur, in manchen Fällen dadurch, daß wir sie ermutigten, sich bei den Ausschreibungen zu bewerben. Häufig war aber durch den Rausschmiß aus der Universität ein Karriereknick eingetreten, der irreparabel war. Sie waren eben nicht mehr in der Forschung, sie hatten den Literaturanschluß verloren und konnten mit den anderen Bewerbern, auch aus den alten Bundesländern, natürlich nicht konkurrieren. Dies ist so, und hier bleibt etwas, was nie wieder wird gutgemacht werden können. Es

setzt sich sogar – mein letzter Satz – ein wenig in die Gegenwart fort und in die Zukunft, denn diese Menschen werden auch in der Zukunft – ich denke jetzt an die Altersversorgung – Nachteile haben. Gestern ist beschlossen worden, daß bestimmte Kappungsgrenzen wohl wegfallen. Ich begrüße das für Ärzte, Ingenieure und andere Leute, die sich mit dem System in den DDR nicht allzusehr arrangiert hatten (die sogenannten I-Renten). Vollkommen vergessen worden sind die Menschen, die aus politischen Gründen an einer ostdeutschen Forschungsinstitution – Wissenschaftler also –, an einer Universität, einer Hochschule keine Karriere mehr machen konnten, erst nach der Wende berufen wurden, aber zu alt waren, um verbeamtet zu werden. Deren Rente berechnet sich nach ihrem Verdienst in DDR-Zeiten. Mein Gehalt war, als ich anfang, 495,- Mark (Ost), Tarif „Übrige Chemie“, meine Frau hatte 190,- Mark als Fotolaborantin. Sie können sich ausrechnen, daß genau diese Menschen eine deutlich geringere Rente erhalten werden nach den Regeln der BfA als die, die schon seit 20 Jahren, also etwa seit den siebziger Jahren, Professoren waren und das möglicherweise auch erkaufte hatten mit bestimmten Kompromissen, die aus meiner Sicht ein anständiger Mann nicht eingeht. Vielen Dank. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Weiss. – Wir bitten jetzt Herrn Professor Kiel.

Prof. Dr. Siegfried Kiel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich bin gebeten worden, zu dem Thema „Umsetzung kaderpolitischer Konzeptionen in der Lehrerbildung an DDR-Hochschulen“ etwas zu sagen. Das Thema ist also etwas eingegrenzter. Ich bin von Haus aus Lehrer und Erziehungswissenschaftler, komme aus dieser Sicht zu diesem Thema, bin also nicht Spezialist auf dem Gebiet der Kaderpolitik. Ich versuche, mich aus meiner Sicht dem Thema zu nähern.

Wenn ich am Anfang etwas Historisches sage – ich bin kein Historiker –, dann hat das folgenden Grund: Ich bin bei meinen Recherchen, die alle recht kurzfristig zu machen waren, auf einen Beschluß gestoßen oder vielmehr auf einen Befehl. Am 6. Dezember 1945 brachte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland den Befehl Nr. 162 „über die Ausbildung von Lehrern“ heraus, und zwar, wie es hieß, zum „Zwecke der Demokratisierung der deutschen Schule in dem sowjetischen Besatzungsgebiet Deutschlands und zur Vorbereitung von Lehrern, die befähigt sind, die deutsche Jugend im Geiste der Demokratie zu erziehen.“¹ Dieser Befehl war gewissermaßen das Geburtsdokument für die Ausbildung Tausender Neulehrer im Osten Deutschlands. Zugelassen wurden zu dieser teils achtmonatigen, zum Teil kürzeren Ausbildung, wie es in einem Informationsblatt z.B. aus dem Kreis Güstrow, auf das ich gestoßen bin, vom 21. Dezember 1945 hieß: „Bewerber beiderlei Geschlechts im Alter von mindestens 18 Jahren aus den Schichten der antifaschistischen Be-

1 Aus dem Befehl Nr. 162 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Ausbildung von Lehrern, 6. Dezember 1945, in: Allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung. Dokumente und Materialien zur demokratischen Schulreform. Berlin 1981, S. 92.